

Anlagen**Gefasster Beschluss****Zum TOP 8:****Evaluierung des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms 2004**

Der Landtag Brandenburg hat in seiner 76. Sitzung am 20. November 2008 folgende Entschließung angenommen:

„Der Landtag stellt fest: Die Verkehrssicherheit im Land Brandenburg hat sich kontinuierlich und signifikant verbessert. In den zehn Jahren von 1997 bis 2007 sank die jährliche Zahl der Verkehrstoten von 643 auf 264, was einem Rückgang von über 60 % entspricht. Das Integrierte Verkehrssicherheitsprogramm 2004 hat eine Vielzahl von Maßnahmen, Projekten, Konzepten und Kooperationen ausgelöst und damit wesentlich zu dieser positiven Entwicklung beigetragen. Gleichwohl kann die Gesamtbilanz noch nicht als zufriedenstellend erachtet werden.

Die Landesregierung wird aufgefordert, den zuständigen Minister zu beauftragen, dem Ausschuss für Infrastruktur und Raumordnung bis zum 30. Mai 2009 einen Bericht zur Evaluierung des Integrierten Verkehrssicherheitsprogramms 2004 vorzulegen. Darin ist neben der Darstellung der Entwicklung der einzelnen Handlungs- und Problemfelder und der Wirksamkeit der bisherigen Maßnahmen auch aufzuzeigen, welche Maßnahmen eine weitere Verbesserung der Verkehrssicherheit in Brandenburg bewirken können.“

Schriftliche Antworten der Landesregierung auf mündliche Anfragen in der Fragestunde im Landtag am 20. November 2008**Frage 2032****Fraktion der SPD****Abgeordnete Britta Stark****- Bahnhofpunkt Zoo Eberswalde -**

Der Zoo Eberswalde gehört zu den schönsten kleinen Zoos Deutschlands. Für die touristische Entwicklung der gesamten Region „Barnimer Land“ besitzt der Zoo eine große Bedeutung. In der Stadt Eberswalde gibt es deshalb Überlegungen, einen Bahnhofpunkt „Zoo Eberswalde“ einzurichten.

Ich frage die Landesregierung: Wie bewertet sie die Idee zur Schaffung eines solchen Haltepunktes?

Antwort der Landesregierung**Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann**

Das Land Brandenburg strebt an, die Mobilität der Bevölkerung nachhaltig, sozial und umweltgerecht zu sichern. Dazu gehört unter anderem auch die Prüfung, welche Stationen im Schienenpersonennahverkehr sinnvoll und erforderlich sind.

Die Landesregierung begrüßt ausdrücklich Initiativen der Kommunen, den öffentlichen Personennahverkehr zu verbessern.

Vor der abschließenden Bewertung einer konkreten Idee ist jedoch eine Untersuchung der Maßnahme erforderlich.

Die Einrichtung eines Haltepunktes „Eberswalde Zoo“ ist bereits im Jahr 1999 durch eine Studie im Auftrag der Stadt Eberswalde und der DB Regio AG betrachtet worden. Es hat sich gezeigt, dass mit dem Projekt relativ hohe Investitionskosten für die Infrastruktur verbunden sind. Es wurde von den Akteuren - soweit ersichtlich - nicht weiter verfolgt.

Allerdings empfängt der Zoo Eberswalde jährlich bis zu 300 000 Besucher. Das ist ein großer Erfolg für einen kleinen Zoo. Ob hinter dieser hohen Besucherzahl auch ein hohes Fahrgastpotenzial für die Schiene steht, sollte in der Region erneut untersucht und fachlich qualifiziert ermittelt werden.

Das Ministerium für Infrastruktur und Raumordnung wird eine erneute Untersuchung beauftragen. Mit Ergebnissen ist voraussichtlich im III. Quartal 2009 zu rechnen.

Im Falle eines ermutigenden Ergebnisses wäre zu klären, ob die ermittelte Nachfrage auch einen volkswirtschaftlichen Nutzen erzeugt, der die durch Bau, Unterhaltung und Verkehrsanbindung entstehenden Kosten rechtfertigt.

Zur Errichtung einer neuen Station ist dann das verantwortliche Eisenbahninfrastrukturunternehmen Ansprechpartner, für die Bestellung von Verkehrsleistungen am Zoo Eberswalde das Land als Aufgabenträger.

Die Landesregierung steht mit Rat und Tat gerne zur Verfügung.

Frage 2034**Fraktion der CDU****Abgeordnete Barbara Richstein****- Finanzielle Unterstützung für das Menschenrechtszentrum Cottbus -**

Das vor einem Jahr gegründete Menschenrechtszentrum in Cottbus organisiert in den Räumen der ehemaligen Strafanstalt Ausstellungen, Vorträge, Bildungsangebote zu den Verbrechen des Nationalsozialismus und in der DDR. Adressaten sind dabei vor allem junge Menschen, denen die Geschichte vor Ort hautnah und durch Zeitzeugen vermittelt wird.

Nach Presseberichten - „Märkische Allgemeine Zeitung“ vom 23.10.2008 und „DIE WELT“ vom 23.10.2008 - erhält der Verein für diese Arbeit bisher keine finanzielle Unterstützung durch das Land Brandenburg, obwohl bereits ein entsprechender Antrag gestellt worden ist. Die bisherigen Veranstaltungen wurden demzufolge ausschließlich über Mitgliedsbeiträge und ehrenamtliches Engagement realisiert.

Ich frage die Landesregierung: Wie ist der Bearbeitungsstand des Antrages auf Förderung des Menschenrechtszentrums in Cottbus?

Antwort der Landesregierung**Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka**

Der Verein Menschenrechtszentrum Cottbus e. V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Geschichte des Gefängnisses in Cottbus

während der Zeit des Nationalsozialismus sowie der Sowjetischen Besatzungszeit und der DDR zu erforschen und das Schicksal politischer Häftlinge aufzuklären. Der Verein will die Ergebnisse seiner Arbeit in Ausstellungen und Publikationen der Öffentlichkeit bekannt machen und ein Gebäude des ehemaligen Gefängnisses zu einer Stätte der Begegnung, politischer Bildung und Menschenrechtsarbeit ausbauen und betreiben.

Die Landesregierung begrüßt und unterstützt diese Initiative aus der Mitte der Zivilgesellschaft.

In Beratungen mit dem Verein zur Entwicklung des Vorhabens wies mein Haus auf die Bund-Länder-Förderung nach dem Gedenkstättenprogramm des Bundes hin. Voraussetzung einer solchen Förderung ist unter anderem der nationale und internationale Stellenwert und die Authentizität des Ortes sowie die Feststellung, dass der Ort für einen Aspekt der Verfolgungsgeschichte der NS-Terrorherrschaft oder der SED-Diktatur exemplarisch ist. Diese Fragen sollten durch eine wissenschaftliche Arbeit geklärt werden.

Anfang August 2008 reichte der Verein einen entsprechenden Antrag beim Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur ein. Bei dessen Prüfung stellte sich heraus, dass die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur bereits ein ähnliches Projekt zum Gefängnis Cottbus, eingereicht vom Forschungsverbund SED-Staat an der Freien Universität Berlin, fördert. Das Vorhaben des Forschungsverbundes soll 2009 fertiggestellt sein. Da eine Doppelförderung eines Projekts aus öffentlichen Mitteln nicht möglich ist, musste mein Haus im Einvernehmen mit dem Forschungsverbund und dem Verein Menschenrechtszentrum die Bearbeitung des Antrags abbrechen. Nunmehr ist vereinbart, den Verein Menschenrechtszentrum e. V. 2009 bei der Durchführung eines anderen Projekts aus Mitteln der Kulturförderung finanziell zu unterstützen.

Frage 2037

Fraktion der CDU

Abgeordnete Dr. Saskia Funck

- Taktverdichtung des RE 1 -

Die Strecke des RE 1 von Magdeburg über Potsdam nach Eisenhüttenstadt ist eine der am stärksten genutzten Regionalexpresslinien in Brandenburg, die vor allem für den Berufsverkehr besondere Bedeutung hat. Die Landesregierung hat auf meine mündliche Anfrage 1960 mitgeteilt, dass sie mit der Ausschreibung des Stadtbahnnetzes die Option erhält, ab Dezember 2011 den Abschnitt Potsdam - Berlin auf einen 15-Minuten-Takt umzustellen.

Ich frage die Landesregierung: Weshalb wird bei den Ausschreibungen nicht das Ziel verfolgt, auch auf dem Abschnitt Brandenburg - Potsdam eine weitere Taktverdichtung zu ermöglichen?

Antwort der Landesregierung

Minister für Infrastruktur und Raumordnung Dellmann

Zwischen Brandenburg und Potsdam hat sich die Nachfrage gut entwickelt. Nach Einrichtung der Verdichterzüge ist derzeit auch perspektivisch ein ausreichendes Angebot vorhanden.

Die Landesregierung verfolgt mit der Ausschreibung nicht zu-

letzt das Ziel, den interessierten Eisenbahnunternehmen Gelegenheit zu geben, ihre verkehrliche Kompetenz durch überzeugende Konzepte für das Angebot auf der gesamten Regionalexpresslinie 1 unter Beweis zu stellen.

In jedem Fall sichern wir uns durch die neuen Ausschreibungsverträge zusätzliche Spielräume zur Fahrplangestaltung. Durch vertragliche Regelungen zu saisonalen oder dauerhaften Mehrverkehren in den Hauptverkehrszeiten erhält der Aufgabenträger eine größere Flexibilität bei der Planung und Ausgestaltung der gemeinwirtschaftlichen Angebote. Gezielte Verbesserungen wie Angebotsverdichtungen zu nachfragestarken Zeiten werden so nach erfolgter Vergabe möglich sein. Wenn die nötigen Mittel verfügbar sind und die Nachfragesteigerungen sich angemessen zum erforderlichen Aufwand verhalten, steht Angebotsoptimierungen auf der RE-Linie 1 prinzipiell nichts im Wege.

Frage 2042

Fraktion der SPD

Abgeordnete Dr. Esther Schröder

- Abiturienten ohne Studium -

Das deutsche Studentenwerk verwies kürzlich - vergleiche dpa, „Berliner Zeitung“ vom 10.11.2008 - darauf, dass bundesweit immer weniger Abiturienten ein Studium aufnahmen. Seien es 2002 noch 27 % Abiturienten und Menschen mit Hochschulreife gewesen, die angaben, nicht studieren zu wollen, so sei es vom Abiturientenjahrgang 2006 bereits nahezu jeder Dritte - 32 % - gewesen. Auch 2007 habe sich der Trend fortgesetzt. Nach Angaben der Landesregierung - vergleiche „DIE WELT“ vom 11.11.2008 - nähmen in Brandenburg sogar nur 30 % eines Abiturientenjahrganges ein Studium auf. Dies sei Durchschnittsniveau der ostdeutschen Länder. Ein Hochschulabschluss bleibe jedoch die beste Versicherung gegen Arbeitslosigkeit.

Ich frage daher die Landesregierung: Welche Maßnahmen ergreift sie, um die Quote der Brandenburger Abiturienten, die ein Studium aufnehmen, zu erhöhen?

Antwort der Landesregierung

Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur Prof. Dr. Wanka

Die Landesregierung erachtet die Steigerung der Bruttostudienquote als wichtiges Ziel. Entsprechende Festlegungen sind unter anderem Gegenstand des 2. Brandenburgischen Hochschulpakts. Die Vorgabe des Hochschulpakts 2020, die Studienplatzkapazitäten für geburtenstarke Jahrgänge sowie doppelte Abiturjahrgänge zu sichern, wird in Brandenburg mit 16 Millionen Euro Bundesmitteln und zusätzlichen 3 Millionen Euro Landesmitteln unterstützt. Zudem kann auch auf das Studienplatzerweiterungsprogramm hingewiesen werden, das nach Beschluss der Landesregierung von 2008 bis 2013 fortgeschrieben und jährlich mit 8,1 Millionen Euro bezuschusst wird. Ziel des Programms ist es, jährlich 3 500 Studienplätze zu sichern. Eine Vielzahl von Projekten, die durch das MWFK mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) gefördert werden, hat explizit das Ziel, die Studierneigung zu steigern. So sind in der aktuellen Förderperiode - 2007 bis 2013 - bisher insgesamt 14 Projekte bewilligt worden. Diese haben ein Gesamtvolumen von knapp 4,9 Millionen Euro und werden mit knapp 3,8 Millionen Euro gefördert - ESF-Mittel und zusätzliche Landesmittel in Höhe von 567 400 Euro im Projekt „Studium lohnt“.